



#dieschmidt

der newsletter

13.03.2020

**Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,**

das Corona-Virus stellt uns vor neue Herausforderungen. Unsere kommunalen Gesundheitsämter und lokalen Gesundheitsstrukturen müssen sicherstellen, dass Infizierte versorgt werden, die Verbreitung des Corona-Virus eingedämmt wird, das Leben vor Ort aber so normal wie möglich weiter geht und keine unnötige Panik ausbricht. Wir alle können einen Beitrag leisten, um die Verbreitung des Corona-Virus einzudämmen und besonders Gefährdete zu schützen. Deswegen kann eine Krankschreibung bei einer leichten Erkältung zurzeit auch telefonisch beantragt werden. Deswegen hat der Lahn-Dill-Kreis ein Verbandsverbot für Großveranstaltungen ausgesprochen. Deswegen hat sich die hessische SPD dazu entschieden bis Ende April keine Veranstaltungen durchzuführen. Und deswegen können bis Ende April keine Besuchsgruppen in den Deutschen Bundestag.

Noch ist nicht absehbar, wie stark das Virus Unternehmen in Deutschland treffen und sich auf Beschäftigung und Arbeitsmarkt auswirken wird. Für uns ist klar: Das Wichtigste ist die Gesundheit. Niemand soll sich in dieser Zeit auch noch Gedanken um ihren oder seinen Arbeitsplatz machen müssen. Deswegen haben Bundesfinanzminister Olaf Scholz und Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier heute Mittag den Schutzschild für Arbeitsplätze ([mehr dazu hier](#)) der Bundesregierung vorgestellt. Wir werden alle notwendigen Maßnahmen ergreifen – genug Geld ist vorhanden. Darauf kann sich jede und jeder verlassen. In einem ersten Schritt haben wir heute im Schnellverfahren mit Unterstützung der Opposition den Zugang zum Kurzarbeitergeld verbessert: Das können Betriebe künftig schon beantragen, wenn nur 10 Prozent der Belegschaft vom Arbeitsausfall betroffen sind – statt wie bisher 1/3 der Belegschaft. Außerdem soll es das Kurzarbeitergeld zukünftig auch für Leiharbeiterinnen und –arbeitnehmer geben. Und den betroffenen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern können die Sozialversicherungsbeiträge vollständig erstattet werden – sie werden von der Bundesagentur für Arbeit übernommen. Eine weitere Entlastung für die betroffenen Betriebe, um die potenzielle Krise zu bewältigen.

An dieser Stelle möchte ich mich noch einmal ausdrücklich bei allen bedanken, die uns in dieser schwierigen Situation mit ihrem unermüdlichen Einsatz unterstützen – sei es in den kommunalen Gesundheitsämtern, Krankenhäusern und ärztlichen Praxen oder im Jobcenter und der Arbeitsagentur.

Damit wir auch für den bevorstehenden Strukturwandel in der Industrie oder Konjunkturkrisen gut aufgestellt sind, hat Bundesarbeitsminister Hubertus Heil das Arbeit-von-morgen-Gesetz ([mehr dazu hier](#)) entwickelt – mit Verbesserungen bei der Weiterbildung von Beschäftigten. Es wurde heute in den Bundestag eingebracht und soll bereits in der ersten Aprilhälfte in Kraft treten. Damit schaffen wir Zuversicht und Sicherheit im Wandel.

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt, MdB

Equal Pay Day

Nächsten Dienstag (17.03.2020) ist Equal Pay Day. Das ist der Tag im Jahr, bis zu dem Frauen statistisch gesehen unentgeltlich arbeiten. Denn es besteht weiterhin eine Lohnlücke von 21 Prozent zwischen Frauen und Männern. Egal, ob in der Gesellschaft, in der Wissenschaft und Wirtschaft oder in der Politik - überall sind Zeit, Geld und Macht zwischen den Geschlechtern ungleich verteilt. Frauen leisten immer noch deutlich mehr unbezahlte Arbeit im Haushalt und übernehmen zum großen Teil die Betreuung von Kindern sowie die Pflege von Angehörigen. Frauen arbeiten häufiger in Teilzeit und in niedrig entlohten Berufen. Frauen verdienen in Deutschland immer noch im Schnitt 21 Prozent weniger als Männer.



Und die Karriereleiter endet für Frauen immer noch viel zu häufig dann, wenn es um die Besetzung von Spitzenpositionen geht. Um das zu ändern, brauchen wir mehr Frauen in Führungspositionen. Damit Frauen mitbestimmen und Mädchen Vorbilder haben. Deswegen ist es gut, dass wir heute vor fünf Jahren eine verpflichtende Frauenquote in den Aufsichtsräten großer Unternehmen beschlossen haben. Und es ist gut, dass die Bundesministerinnen Franziska Giffey und Christine Lambrecht planen, auch eine Quote für die Vorstände großer Unternehmen einzuführen. Außerdem werden wir uns als SPD weiterhin dafür einsetzen, Parität in den Parlamenten herzustellen und uns bei der anstehenden Reform des Wahlrechts für eine Parität in den Wahllisten einsetzen – so wie es bei uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten schon lange üblich ist.

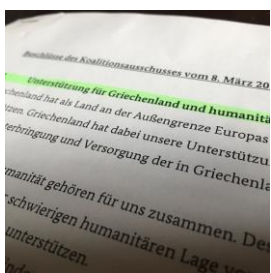
Rechtstextremismus und Hasskriminalität bekämpfen



Der größte Teil der Hetze im Internet kommt von Rechtsextremisten und Rassisten, die Menschen einschüchtern und Angst verbreiten. Mehr als drei Viertel aller von der Polizei registrierten Hasskommentare sind rechtsextremistisch. Im Schnitt kommt es jeden Tag zu zwei rechtsextremistischen Gewalttaten in unserem Land. Das gesellschaftliche und politische Klima hat sich grundlegend verändert. Rassismus und Rechtsextremismus führen zu Hass. Hass führt zu Bedrohungen und diese Bedrohungen führen zu Gewalt. Wir Demokratinnen und Demokraten tragen die Verantwortung, Hass und Gewalt zu stoppen. Mit einem gestern ins Parlament

eingebrachten Gesetzentwurf sollen Hetze und Bedrohung im Netz künftig härter und effektiver verfolgt werden – mit umfassenden Verschärfungen des Strafrechts. [...weiterlesen](#)

Geflüchteten Kindern helfen



Es ist erschütternd, dass Geflüchtete, tausende Kinder unter ihnen, in griechischen Aufnahmelagern unter untragbaren Lebensbedingungen ausharren müssen. Es ist beschämend, dass es die Europäische Union nicht schafft ein paar Tausend Geflüchtete aufzunehmen und gerecht zu verteilen. Dabei gibt es keine richtige Zahl. 5.000 ist für den 5.001sten Flüchtling eine so schlimme Zahl wie 500. Es ist gut, dass wir uns am Sonntag im Koalitionsausschuss auf einen notwendigen humanitären Schritt geeinigt haben: 1.500 besonders schutzbedürftigen Kindern soll jetzt schnell geholfen werden.

Deutschland wird gemeinsam mit anderen EU-Mitgliedstaaten diese Kinder aus griechischen Lagern aufnehmen. Es handelt sich dabei um Kinder, die entweder wegen einer schweren Erkrankung dringend behandlungsbedürftig oder aber unbegleitet und jünger als 14 Jahre alt sind, die meistens davon Mädchen. Unsere humanitäre Hilfe haben wir konsequent und schnell, zum Beispiel durch das Bereitstellen von Zelten und Betten, ausgeweitet. Außerdem stehen das THW und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesministeriums für Migration und Flüchtlinge den griechischen Behörden vor Ort unterstützend zur Seite. Gleichzeitig arbeiten wir weiter mit Hochdruck an einer europäischen Lösung, die sich nicht nur auf die akute Situation in Griechenland konzentriert, sondern auch den dafür ursächlichen Bürgerkrieg in Syrien im Blick behält. Es ist uns bewusst, dass das bei weitem nicht ausreicht, um der katastrophalen Situation vor Ort Herr zu werden. Es ist aber leider das Maximum dessen, was wir angesichts der derzeitigen Mehrheiten erreichen konnten. [...weiterlesen](#)